

Klares Nein zu ÖBB-Privatisierungsplänen von Finanzministerin Maria Fekter Will die Finanzministerin den Kurs der schwarz-blauen Bundesregierung weiter verfolgen und die ÖBB zerschlagen?

- **ÖBB ist als „Körperlsgeld“ für Staatssanierung ungeeignet**
- **Steuerliche Benachteiligung der Bahnunternehmen beseitigen**
- **Bahnoffensive statt ÖBB-Bashing**

Kaum im Amt, meint Finanzministerin Maria Fekter, den von der schwarz-blauen Bundesregierung verfolgten Weg, die ÖBB zu zerschlagen, weiter verfolgen zu müssen. Durch die Aufteilung in über 10 Teilgesellschaften im Jahr 2003 mit jeweils teils unfähigen, politisch eingesetzten Vorstandsdirektoren wurden die ÖBB zum Sanierungsfall. Neben dem Missmanagement das von „schwarz-blau“ eingesetzten Bahnmanagement (Spekulationsgeschäfte und Übernahme der maroden ungarischen MAV), hat der Bund die Schulden für Großprojekte bei den ÖBB geparkt. Das derzeitige ÖBB-Management unter Bahnchef Christian Kern unternimmt derzeit alles, um den ÖBB-Konzern wiederum zu einem effizienten, integrierten Unternehmen aufzubauen. Im liberalisierten Verkehrsmarkt hat nur eine schlanke, straff geführte ÖBB als Dienstleister ein Chance.

Was das ÖBB-Management jetzt braucht ist Unterstützung seitens der Bundesregierung, neben der Verkehrsministerin ist da auch die Finanzministerin gefordert. Dazu gehören zwei Maßnahmen:

- Erstens ist die steuerliche Benachteiligung für Bahnunternehmen im Vergleich zum Luftverkehr (keine Mineralölsteuer) und Lkw-Verkehr (keine flächendeckende Lkw-Maut) zu beseitigen. Die Bahnunternehmen müssen beide Abgaben tragen.
- Zweitens hat die Bundesregierung klare verkehrspolitische Zielsetzungen festzulegen und für einen fairen Wettbewerb zwischen den Bahnunternehmen zu sorgen.

Außerdem stellt ein „Verscherbeln“ von Unternehmensteilen in der Krise, eine Wertvernichtung dar - so sieht das auch der Konzernchef Grube von der Deutschen Bahn, anlässlich der Privatisierungsgelüste der deutschen Bundesregierung.

Darüber hinaus ist es in Zeiten des Klimawandels und der CO₂-Einsparung unverantwortlich, den Bahnverkehr zu schwächen. Der neoliberale Ansatz mehr „privat statt Staat“ hat wohl seit der Finanzkrise einen gewaltigen Dämpfer erhalten. Im Übrigen hat das Gros der Privatisierungen in Österreich nicht jenen Erfolg erzielt, der erwartet wurde: Austria Tabak, Post, BUWOG u.a.

probahn ÖSTERREICH erwartet sich von der Bundesregierung eine Bahnoffensive, vor allem durch Investitionen ins bestehende Streckennetz sowie die Finanzierung eines Grundangebotes für Bahn und Bus. Klares Ziel muss es sein, den Verkehrsanteils der Schiene signifikant zu steigern sowie den Kohlendioxid-Ausstoß im Verkehr insgesamt zu verringern. Wesentlich dabei ist es, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene möglich wird und der Personenverkehr durch einen flächendeckenden Taktfahrplan von 5.00 – 24.00 Uhr zu leistbaren Tarifen signifikante Marktanteile gewinnt. Das Beispiel Schweiz ist auch in Österreich möglich, wenn die Politik dies auch will. Es wäre schade, wenn sich die Finanzministerin im „ÖBB-Bashing“ gefiele.

Für **probahn ÖSTERREICH**
Peter Haibach